



VEREINIGUNG DER HESSISCHEN
UNTERNEHMERVERBÄNDE

**VhU-Bewertung des
Koalitionsvertrags zwischen
CDU Hessen und Bündnis 90/Die Grünen Hessen
für die 20. Legislaturperiode 2019 – 2024
vom 20.12.2018**

- Bereich Wirtschaft -

Frankfurt am Main, den 21.12.2018

Wirtschaft

Die Koalition will einen starken Wirtschaftsstandort auch im digitalen Zeitalter erhalten. Dazu muss die Koalition aber mehr auf Wachstum setzen.

Die Koalition will den Wirtschaftsstandort stark halten und setzt insbesondere auf die Digitalisierung. Zu begrüßen ist das neue Ministerium für digitale Strategie und Entwicklung, das Ressourcen, Referate und Budgets bündelt. Das schafft eine Struktur, die der überragenden Bedeutung dieser großen Transformation entspricht. Angemessen ist auch die mit 1 Mrd. Euro ausgestattete Digitalisierungsoffensive.

Denn die Digitalisierung bietet die Chance, aus einer Wirtschaft der Massenfertigung eine Wirtschaft der Maßanfertigung zu machen, die dank Big Data sehr viel präziser auf individuelle Bedürfnisse zugeschnitten werden kann. Das gilt für alle Branchen, von Industrie und Handel bis zu Handwerk und weiteren Dienstleistungszweigen. Nicht die Digitalisierung bedroht Arbeitsplätze, sondern die Nichtteilnahme daran.

Zurecht wird die Steigerung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung, z.B. durch den zügigen Aufbau moderner E-Government-Services, als Ziel genannt – ebenso wie der schnellere Ausbau des Breitbands. All das wird zunehmend zur Voraussetzung, damit mehr private Investitionen am Heimatstandort getätigt werden.

Ohne ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum wird die Transformation aber nicht gelingen können. Die Landespolitik kann und muss dazu mitbeitragen, indem sie die Rahmenbedingungen des heimischen Wirtschaftsstandorts stetig verbessert und ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts auch anstrebt und tatsächlich befördert.

Zurecht will die Koalition den Industriestandort Hessen stärken. Zwar ist durch Automatisierung und technische Innovationen partiell ein Rückgang bisheriger Geschäftsfelder zu erwarten, etwa im Fahrzeugbau. Aber zugleich entstehen neue Aufgaben und Tätigkeitsfelder dank der Industrie und industrienaher Zweige. Die Hebelwirkung für mehr Beschäftigung rund um die Industrie ist in Zeiten von Digitalisierung, Industrie 4.0, künstlicher Intelligenz und hybrider Wertschöpfung besonders groß. Diesen Strukturwandel sollte die Koalition unterstützend begleiten.

Die Koalition sollte ihre Entscheidungen noch stärker an der ordoliberalen Konzeption der sozialen Marktwirtschaft ausrichten, um eine angemessene Balance zwischen freier unternehmerischer Entfaltung und gesellschaftlicher Verantwortung zu wahren. Wo immer möglich ist Wettbewerb als Entdeckungsverfahren zu schützen. Der Vorrang „Privat vor Staat“ muss besser als bisher gewährleistet werden.

Vorhaben im Koalitionsvertrag	VhU-Bewertung
Grundsatzbekenntnisse im Einleitungsteil:	Zustimmung.

<ul style="list-style-type: none"> • Für die soziale Marktwirtschaft, soziale Gerechtigkeit, für Arbeitsplätze und Wohlstand. • Für eine Globalisierung und Digitalisierung, die von den Menschen aus gedacht, für sie gestaltet wird und die Chancen verantwortlich nutzt. • Für eine Ordnungspolitik, die individuelle Freiheit, soziale Marktwirtschaft und ökologische Verantwortung klug ausbalanciert, und allen Menschen in Hessen Perspektiven eröffnet. • Wir wollen, dass sich Leistungsbereitschaft und Anstrengung auszahlt. Wir wollen aber nicht, dass der Staat allzuständig ist und die Bürgerinnen und Bürger entmündigt. Wir trauen den Menschen etwas zu. 	
<p>Die Koalition tritt für einen starken Wirtschaftsstandort ein, vermeidet aber – wie bisher – weitgehend ein klares Bekenntnis zu Wirtschaftswachstum. Für allerlei politische Ziele wirbt die Koalition, nur das Wachstum wird relativ vernachlässigt.</p>	<p>Ablehnung, denn ohne ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts lassen sich die gesellschaftlichen und sozialen Herausforderungen nicht bewältigen. Ohne Wirtschaftswachstum wird sich auch das Ziel der Koalition, den Wohlstand zu erhalten, nicht erreichen lassen.</p>
<p>Für die Menschen in den Ballungsräumen und im ländlichen Raum gleichwertige, attraktive Lebensverhältnisse bieten.</p>	<p>Zustimmung.</p>
<p>Im neuen „Hessischen Industrietrichter“ zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und dem Land sollen Konzepte zur Zukunft des Industriestandorts Hessen erarbeitet werden.</p>	<p>Grundsätzlich positiv zu sehen, die Ausgestaltung wird entscheidend sein.</p>
<p>Pharmastandort stärken: die Initiative Gesundheitsindustrie Hessen (IGH) wird fortgesetzt.</p>	<p>Zustimmung.</p>
<p>Meisterpflicht erhalten und stärken. Wir unterstützen die europarechtskonforme Wiedereinführung der Meisterpflicht für zulassungsfreie Gewerke, in denen sie im Jahr 2004 abgeschafft wurde.</p>	<p>Zustimmung.</p>

<p>Mit einem Wachstumsfonds für Wag-niskapital und Gründerstipendien soll Hessen zum Zentrum für Innovation und Entwicklung gemacht werden.</p>	<p>Zustimmung.</p>
<p>Rohstoffgewinnung: „Die Koalition will die Ausweisung von Vorranggebieten zur Rohstoffgewinnung in den Regionalplänen gemäß den Vorgaben des Landesentwicklungsplans Hessen berücksichtigen.“</p>	<p>Positiv, denn wer die regionale Rohstoffgewinnung behindert, verursacht hohe Kostensteigerungen für Bau- und Verkehrsprojekte.</p>
<p>Landwirtschaft: Leitbild bleibt die familiegeprägte, bäuerliche Landwirtschaft.</p>	<p>Zustimmung.</p>
<p>EU-Regionalförderung (EFRE): Die Koalition möchte, dass Hessen weiterhin Zielgebiet einer starken Kohäsionspolitik ist</p>	<p>Kritisch, denn diese Aussage behandelt das EFRE-Programm sehr positiv angesichts des extrem hohen Verwaltungsaufwands bei gerade einmal 241 Mio. Euro, die binnen 7 Jahren nach Hessen fließen. Aus Sicht der steuerzahlenden Bürger und Betriebe in Hessen wäre eine externe, unabhängige Evaluierung nötig.</p>
<p>Die EU-Förderung soll insgesamt stärker gebündelt werden, um Fördergelder künftig noch besser abrufen zu können.</p>	<p>Kritisch, denn Deutschland ist Nettozahler, so dass eine einseitige Perspektive unzureichend ist.</p>
<p>Freihandelsabkommen: Die Koalition will die gerichtlichen Überprüfungen des Handelsabkommens zwischen Europa und Kanada (CETA) abwarten, bevor sie sich zu CETA positioniert.</p>	<p>Ablehnung, denn die international eng verflochtene hessische Wirtschaft erwartet sich qualitativ mehr Aussagen der Koalition als diese. Ein klares „Ja“ der Koalition zu mehr Freihandel und fairen Investitionsregeln nach dem politischen Scheitern von TTIP und der Kritik der US-Regierung an multilateralen Verträgen wäre angemessen gewesen.</p>
<p>Ziel ist eine Digitalisierungspolitik, die die Chancen nutzt, die Herausforderungen meistert und den Menschen dient.</p>	<p>Zustimmung.</p>
<p>Digitalisierungsoffensive: In dieser Legislaturperiode sollen insgesamt 1 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt werden.</p>	<p>Positiv, da sowohl der Breitbandausbau in ländlichen Gebieten, als auch die Modernisierung der Landes- und Kommunalbehörden und die Weiterbildung der öffentlich Bediensteten einen hohen Aufwand erfordern wird. Gleichwohl ist auch hier auf eine effiziente Mittelverwendung zu achten.</p>

Neues Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung.	Zustimmung.
Breitbandausbau: Ziel ist ein möglichst flächendeckendes 5G-Netz und ein Ausbau der WLAN-Verfügbarkeit in Hessen: Gigabitfähige Infrastrukturen bis 2025.	Positiv, wenngleich die Anstrengungen deutlich erhöht werden müssen.
E-Government: Bürger sowie Unternehmen in Hessen sollen rund um die Uhr online, barrierefrei und auch mobil auf Verwaltungsdienstleistungen zugreifen können.	Zustimmung.
Die Koalition will die „ Strategie Digitales Hessen “ mit den Schwerpunkten „Wirtschaft 4.0“, „Industrie 4.0“ und „Mittelstand 4.0“ weiterentwickeln. Die Digitalisierungsunterstützung des Landes, z. B. den „Digi-Zuschuss“ für kleine oder mittlere Unternehmen oder die niedrigschwellige branchenbezogene Digitalisierungsberatung durch Auszubildende (Digitalisierungsscouts) sowie die „Digi-Guides“ bei den Handwerkskammern sollen fortgeführt und ausgebaut werden.	Zustimmung.
Der „ TechCampus “ soll Hessen als Standort für Künstliche Intelligenz stärken sowie das bestehende Ökosystem an hessischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen erweitern. Zum Start werden 20 zusätzliche Professorenstellen zur Verfügung gestellt.	Zustimmung.

Nicht aufgegriffene Anliegen der Wirtschaft:

- Explizites Bekenntnis zu Wirtschaftswachstum
- Gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen privaten und kommunalen Unternehmen
- Mehr Vertrauen legen auf die Kompetenz und Verantwortungsbereitschaft der haftenden Unternehmer statt auf öffentlich-rechtliche Strukturen.